



Info Dienst Nr. 7 / 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

an diesem Mittwoch ist die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Gesundheitsreform zum ersten Mal zusammen getreten. Begleitet wurde dieses erste Treffen von Meldungen, dass Philipp Rösler bereits ab 2011 eine erste Kopfpauschale von 29 Euro pro Monat einführen will. Dieser Festbetrag soll dann von allen Versicherten bezahlt werden. Wie genau dann der sogenannte Sozialausgleich für Menschen mit geringen Einkommen finanziert werden soll ist noch unklar.

Der gesellschaftliche Widerstand gegen die Kopfpauschale nimmt weiter zu. Auf der Seite www.nein-zur-kopfpauschale.de der SPD haben bereits über 35.000 Menschen unterschrieben.

Die weiteren Themen der Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Fairness auf dem Arbeitsmarkt
2. Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2010
3. Rettungsschirm für die Kommunen
4. Klientelpolitik
5. Menschenkette für den Atomausstieg

1. Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Am Montag dieser Woche hat der SPD-Parteivorstand einen Entwurf für ein arbeitsmarktpolitisches Gesamtkonzept vorgelegt. Damit soll mit grundlegenden Reformen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden.

In dem Entwurf setzten wir uns auch selbstkritisch mit Fehlentwicklungen aus den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung auseinander – beispielsweise bei der Leiharbeit oder auch bei der Vermögensanrechnung von Arbeitslosengeld II-Empfängern.

Wichtige Punkte des Konzeptes sind:

Arbeit muss sich lohnen

Im Kern geht es darum, den Trend auf dem Arbeitsmarkt weg von sozialversicherungspflichtiger und Existenz sichernder Beschäftigung zu stoppen. Eine klare Absage erteilen wir dem Ansatz, das Lohnabstandsgebot durch Kürzungen in der Grundsicherung vorzunehmen, wie es die FDP will (mit dem Lohnabstandsgebot bezeichnet man die Forderung, dass Einkommen, die als Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld gewährt werden, deutlich unter den Einkommen liegen sollen, die in den unteren Lohngruppen am Arbeitsmarkt erzielt werden können). Wir machen uns weiterhin für einen Mindestlohn stark und unterstützen den Deutschen Gewerkschaftsbund in seiner Forderung nach 8,50 Euro für die Lohnuntergrenze.

Leiharbeit begrenzen

Leih- und Zeitarbeit müsse wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden. Denn sie habe sich weniger zu einem Instrument der Flexibilität entwickelt als viel mehr zu einem Instrument der Lohndrückerei. Darum wollen wir als SPD die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in den Entleihbetrieben stärken und den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchsetzen. Die betriebliche Mitbestimmung soll darüber hinaus auch in Leiharbeitsunternehmen ausgebaut werden.

Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose

In einem ausgebauten sozialen Arbeitsmarkt wollen wir Langzeitarbeitslosen, die wegen starker Vermittlungshemmnisse derzeit kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, neue Perspektiven geben. 200.000 neue Beschäftigungsverhältnisse sollen geschaffen werden. Als Prinzipien gelten, dass keine reguläre Beschäftigung dadurch vernichtet wird, dass die Lohnhöhe sozialversicherungspflichtig sein soll, sowie dass die Annahme eines solchen Angebots freiwillig ist. Damit greift das Konzept die durch die stellvertretende Parteivorsitzende Hannelore Kraft angestoßene Diskussion auf.

Sachgrundlose Befristung abschaffen

Teil des Konzepts ist auch die Abschaffung der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen ohne Sachgrund. Vor einigen Tagen hatte das Statistische Bundesamt gemeldet, dass 2008 mit 2,7 Mio. mehr Erwerbstätige befristet beschäftigt waren als jemals zuvor. Das sind 8,9 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zurückzuführen ist die hohe Zahl insbesondere auf das so genannte "Beschäftigungsförderungsgesetz", das noch von der Kohl-Regierung verabschiedet wurde. Damit wurden Befristungen ohne Sachgrund ermöglicht. Heute ist es nicht selten, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch befristete Arbeitsverhältnisse angeboten bekommen – nicht, weil es aus unternehmerischer Sicht geboten ist, sondern vielmehr weil schlicht die rechtliche Möglichkeit dazu besteht. Die Zahlen zeigen auch, dass überdurchschnittlich häufig jüngere Arbeitnehmer und Ausländer befristet sind. Auch die Quote weiblicher Beschäftigter lag 2008 mit 9,5 Prozent über dem Durchschnitt. Wir fordern, dass der Gesetzgeber die sachgrundlose Befristung wieder abschafft.

Qualifizierung verlängert Arbeitslosengeld I-Bezug

Der Anspruch auf das Arbeitslosengeld I soll bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen um bis zu zwölf Monate verlängert werden. Wegen des hohen bürokratischen Aufwands und auch um die Lebensleistung jedes Einzelnen zu honorieren fordern wir die Abschaffung der Vermögensprüfung beim Arbeitslosengeld II. In den kommenden Wochen will die Partei außerdem prüfen, wie die zunehmende Zahl an freiberuflich

Tätigen, beispielsweise Künstler, Selbständige oder Subunternehmer in die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere Alterssicherung, einbezogen werden können.

Endgültig beschlossen werden soll das arbeitsmarktpolitische Konzept auf dem SPD-Parteitag im September. Bis dahin werden Diskussionsveranstaltungen mit den Parteigliederungen, gesellschaftlichen Akteuren, wie den Gewerkschaften und den Bürgerinnen und Bürgern statt finden.

Den Entwurf des Konzeptes finden Sie unter:

http://www.spd.de/de/pdf/100315_beschluss_arbeitsmarkt.pdf

2. Die Verabschiedung des Bundeshaushalts 2010

In dieser Sitzungswoche wurde im Deutschen Bundestag der Bundeshaushalt 2010 verabschiedet. Die Regierung steuert mit 80,2 Milliarden Euro auf eine Rekordneuverschuldung zu. Noch niemals, seit es die Bundesrepublik gibt, hatte eine Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten.

Zudem hat die Politik von Schwarz-Gelb gezeigt, nicht die Konsolidierung des Haushalts ist das Ziel, sondern die Verschwendung der Spielräume zur Finanzierung von Wahlgeschenken an die eigene Klientel: Steuerprivilegien und Begünstigungen für Hoteliers, für Erben, für Anwälte und für diejenigen Unternehmen, die Steuern durch Gewinnverlagerungen ins Ausland umgehen.

Hinzu kommt, Schwarz-Gelb ist unglaublich. In der Opposition hat Guido Westerwelle Personaleinsparungen gefordert und sprach von 75 überflüssigen Stellen in den Bundesministerien. Kaum an der Macht, hat die FDP nicht nur in ihren Ministerien und deren nachgelagerten Behörden Personal draufgelegt, sie hat mit CDU und CSU beschlossen, dass 985 neue Stellen geschaffen werden. Umweltminister Röttgen streicht bei der Solarförderung. Aber für den Ausbau der Chefetage seines Ministeriums gibt er 2 Millionen Euro aus.

Wir als SPD-Fraktion haben die schwarz-gelbe Koalition mit einem Antrag unter anderem nochmals aufgefordert:

- Steuersubventionen auf den Prüfstand zu stellen und das unsinnige Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers, das allein 1 Milliarde Euro kostet, zurückzunehmen.
- die auf 20 Milliarden Euro veranschlagte Einführung eines „Stufentarifs“ in der Einkommenssteuer aufzugeben.
- in der Arbeitsmarktpolitik die Förderung der Menschen, die Arbeit suchen, nicht zu gefährden. Die gesperrten 900 Millionen Euro für die Eingliederung von Arbeitslosen sind sofort freizugeben, damit die Job-Center ihre Angebote jetzt nicht streichen müssen.
- im Rahmen der G20 und in der EU endlich die Schließung von Steueroasen voranzubringen, sowie Bonuszahlungen wirksam zu begrenzen und an den nachhaltigen Unternehmenserfolg zu binden. Wir wollen eine Sonderabgabe für den Finanzsektor auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Krise angerichtet haben und von staatlichen Rettungsmaßnahmen profitieren, auch an den Kosten beteiligt sind.

3. Rettungsschirm für die Kommunen

Zu Beginn dieser Sitzungswoche haben wir als SPD-Bundestagsfraktion zu einer kommunalpolitischen Konferenz eingeladen. Rund 300 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete, aber auch Vorstände und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen sind gekommen.

Die Haushaltslage der Städte und Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Die krisenbedingt steigenden Sozialausgaben und die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. **Die Fakten** Im vergangenen Jahr betrug das Defizit der Kommunen 4,5 Milliarden Euro. In diesem Jahr befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet.

Bund, Länder und Kommunen hatten 2009 erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro.

Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. Im Jahr 2010 wird die Grenze von 40 Milliarden Euro deutlich überschritten.

Beispiel Nordrhein-Westfalen: Insgesamt lag der Finanzierungssaldo aller Gebietskörperschaften in den ersten drei Quartalen 2009 bei minus 1,84 Milliarden Euro. Köln hatte einen Fehlbetrag von 351 Millionen, Wuppertal von 149 Millionen und Duisburg von 105 Millionen Euro zu verkraften.

Die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb verschärft die Lage

Über die krisenbedingten Belastungen hinaus wird die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung dramatisch verschärft. Mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstehen dem Gesamtstaat Ausfälle von rund 8,5 Milliarden Euro. Die tatsächliche Wirkung auf das Wirtschaftswachstum wird von Experten nahezu einhellig bestritten. Beschlossen wurden u. a. Steuerprivilegien für Hoteliers, Erben und gewinnverlagernde Unternehmen - und das vor dem Hintergrund einer noch nie dagewesenen Rekordneuverschuldung von über 80 Milliarden Euro für das Jahr 2010.

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt bei den Kommunen zu Steuerausfällen von 1,6 Milliarden Euro. Die von der schwarz-gelben Koalition angekündigte Einkommensteuerreform (Stufentarif) im Umfang von 20 Milliarden Euro würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von etwa 4 Milliarden Euro bedeuten.

Weniger Netto vom Brutto

Das zentrale Versprechen von Union und FDP im Wahlkampf hieß: „Mehr Netto vom Brutto“. Fakt ist: Viele Bürger müssen sich wegen leerer Kassen der Kommunen in den kommenden Jahren auf höhere Gebühren und weniger Leistungen einstellen.

4. Klientelpolitik

Zunehmend kommen Zweifel auf, dass Guido Westerwelle staatliche, parteiliche und private Interessen sauber zu trennen vermag. Geschäftspartner von Westerwelles Bruder und FDP-Großspender sollen den Vizekanzler auf Staatsbesuchen begleitet haben. Dass ein deutscher Außenminister auf seinen Reisen von Wirtschaftsdelegationen begleitet wird, ist grundsätzlich nicht zu kritisieren.

Die Diskussionen um Klientelpolitik stehen nun schon seit Monaten im Zentrum der öffentlichen Debatten. Schaden nimmt in erster Linie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Parteien. Guido Westerwelle scheint dieses Problem allerdings nicht zu sehen. Er nimmt in erster Linie eine Verschwörung der Opposition und der Medien gegen seine Person wahr. Und es mag ja sein, dass bei seinen Auslandsreisen alles mit Rechten Dingen zu geht. Allerdings scheint er nicht zu verstehen, dass im Kontext von Hotel Spenden und käuflichen Gesprächen mit Ministerpräsidenten, die Öffentlichkeit sensibilisiert ist und natürlich Aufklärung fordert. Doch statt auf das Befinden der Öffentlichkeit einzugehen und für eine sachliche Aufklärung zu sorgen, fällt er zurück in seine Rolle als populistischer Oppositionsführer.

Dabei sollte man gerade vom Vizekanzler und Außenminister erwarten, dass er auch das Ansehen seiner öffentlichen Ämter schützen will. So tritt aktuell der größte Schaden noch nicht einmal durch seine Reisepraxis, sondern durch sein Verhalten, dass der Verantwortung, die er trägt nicht gerecht wird.

5. Menschenkette für den Atomausstieg

Gemeinsam mit Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen macht sich die SPD in einem schlagkräftigen Bündnis für den Atomausstieg stark – am 24. April, zwei Tage vor dem 24. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl werden sich Tausende Menschen in die Aktions- und Menschenkette zwischen den Pannereaktoren Brunsbüttel und Krümmel einreihen. Für ein unübersehbares Zeichen gegen die Atompolitik der Bundesregierung.

Schwarz-Gelb will den Atomausstieg rückgängig machen. Auch alte Pannereaktoren sollen länger laufen. Das bedeutet: Das Risiko gefährlicher Zwischenfälle nimmt zu. Deutlich mehr Atommüll – ohne ein sicheres Endlager. Deutschland wird seine führende Position bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien, nicht halten können und viele Tausend moderne Arbeitsplätze würden verloren gehen. Gewinner einer solchen Politik sind einzig die großen Stromkonzerne, die mit ihren alten, abgeschriebenen Meilern viel Geld verdienen wollen.

Aus ganz Deutschland werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit eigenen Bussen zum Aktionstag kommen, um die Menschenkette zu verstärken. Auch in Nordrhein-Westfalen ist eine große Demonstration am Zwischenlager Ahaus geplant. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, uns zu begleiten. Für ein sichtbares Zeichen gegen Atomkraft. Für erneuerbare Energien. Für eine Zukunft statt Atom.

Mehr Informationen erhalten Sie unter <http://www.spd.de/de/aktuell/KettenreAktion/index.html> und

<http://www.kein-castor-nach-ahaus.de/aktionen/tschernobyldemo/>